



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Canan Bayram  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Lange MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der Justiz und  
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
TEL +49 (030)18 580-9010  
FAX +49 (030)18 580-9048  
E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

DATUM 28. Dezember 2020

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 12/447 vom 18. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 12/447:

*Wie bewertet die Bundesregierung die fehlende Möglichkeit der Inanspruchnahme von Mutterschutz bzw. Elternzeit für Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften (<https://www.spiegel.de/karriere/mutterschutz-und-elternzeit-gilt-nicht-fuer-vorstaendinnen-a-fdf62dce-51c4-4c5a-aad9-24541bff2ca2>), gerade in Anbetracht der Tatsache, dass man eine höhere Frauenquote erreichen möchte, aber durch diese bestehende Regelungspraxis vor allem Frauen weiterhin strukturell benachteiligt beziehungsweise zu der Entscheidung gedrängt werden: Kind oder Berufstätigkeit?*

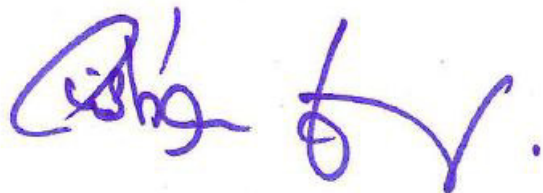
Antwort:

Die Bundesregierung teilt das Anliegen, Frauen in Führungspositionen zu stärken und Gleichberechtigung in der Praxis durch geeignete Förderungen umzusetzen.

Mit der Vorlage des Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst wird zum Ausdruck gebracht, dass die Wirkungen der bisherigen Regelungen verbessert werden müssen, um den Frauenanteil an Führungspositionen weiter zu erhöhen.

Um Frauen in Führungspositionen zu stärken und Benachteiligungen im Wirtschaftsleben zu beseitigen, ist das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz weiter bestrebt, darüber hinaus gehende Maßnahmen zu erarbeiten. Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz hat bei der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder am 26. November 2020 bereits angekündigt, auch hinsichtlich besonderer Lebenslagen wie Mutterschutz und Elternzeit gesetzgeberische Lösungen zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized first name and a last name with a period.